

„Neustart nur ohne Urhahn möglich“

von Uwe Grünheid

Die Christdemokraten stellen vom neuen Dreierbündnis unterstützt Antrag auf Abberufung des Ersten Stadtrats

Für den Ersten Stadtrat Franz-Rudolf Urhahn könnte es eng werden. Die CDU-Fraktion hat einen Antrag auf seine vorzeitige Abberufung aus dem Amt gestellt.

Mörfelden-Walldorf. Über dem Haupt von Erstem Stadtrat Franz-Rudolf Urhahn (Grüne) braut sich ganz schön was zusammen. Die CDU-Fraktion in der Doppelstadt hat nämlich die vorzeitige Abberufung Urhahns aus dem Amt des Ersten Stadtrats beantragt. Unterstützt wird sie dabei von den Fraktionen des neuen Dreierbündnisses, SPD, Freie Wähler (FW) und FDP.

Dazu erklärt Jan Körner, Fraktionschef der CDU, dass aus Sicht der Christdemokraten vor allem die Art und Weise, wie sich Urhahn in den zurückliegenden fünf Jahren in die kommunalpolitische Diskussion eingebracht habe, keine Grundlage für eine Fortführung der politischen Zusammenarbeit biete. Daher glaubt die CDU, „dass ein echter Neustart in der örtlichen Politik nur ohne Urhahn möglich ist“. Er stehe bei vielen Bürgern symbolisch für eine Politik, die weite Teile der Bevölkerung abgelehnt haben, die er aber auf Biegen und Brechen durchgesetzt habe.

Alexander Best, Fraktionsvorsitzender der SPD, betonte, dass es für seine Partei angesichts der langjährigen Zusammenarbeit in einer Koalition keine leichte Entscheidung gewesen sei, den CDU-Antrag auf Abberufung Urhahns zu unterstützen. Doch die zurückliegende Kommunalwahl habe die politische Landschaft in der Doppelstadt grundlegend verändert. Dabei sei deutlich geworden, „dass es nicht vorstellbar ist, die Politik der neuen Mehrheit mit Urhahn in hauptamtlicher Position zu gestalten“.

Keine persönlichen Motive

Natürlich seien sich die vier Fraktionen bewusst, so Christian Schmauß, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FW, dass die Abberufung Urhahns zunächst einmal Kosten mit sich bringen werde. FW-Fraktionsvorsitzender Burghard Ziegler erklärte dazu, der Erste Stadtrat werde nach seiner Abberufung 71 Prozent seiner Bezüge bis Juli 2019 erhalten. Doch trotz dieser Kosten sei die Abberufung erforderlich, denn gerade wegen der finanziell schwierigen Lage der Doppelstadt werde für Vorhaben, die umgesetzt werden müssen, die volle Durchschlagskraft und Verantwortung der Politik benötigt.

Bei dieser Entscheidung, Urhahn abzuberaufen, sei es nicht um persönliche Motive, sondern um die Sache gegangen, zumal der Erste Stadtrat erklärt habe, es werde für ihn nicht einfach sein, Vorhaben umzusetzen, die von der neuen Mehrheit beschlossen worden seien, sagte Ziegler. Eigentlich seien die Freien Wähler mit dem Ziel in den Wahlkampf gegangen, das Amt eines hauptamtlichen Ersten Stadtrats abzuschaffen. Doch hier habe inzwischen nach etlichen Gesprächen mit der Verwaltung ein Lernprozess eingesetzt. Wie Bürgermeister Heinz-Peter Becker (SPD) sei nun auch die FW davon überzeugt, dass die Herausforderungen in einer Stadt von der Größe Mörfelden-Walldorfs so groß seien, dass sie von einem Hauptamtlichen alleine kaum zu bewältigen seien. Daher solle nach der Abberufung Urhahns, der gestern für eine Stellungsnahme nicht erreichbar war, die Stelle neu besetzt werden. Das Vorschlagsrecht liege bei den FW.

Ehrlicher Neuanfang

Dies bestätigte Carsten Röcken, Vorsitzender der FDP-Fraktion, der den Wunsch nach einem ehrlichen und daher auch personellen Neuanfang unterstrich, zumal Urhahn nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit des Stadtparlaments besitze. In der Sitzung des Stadtparlaments am 7. Juni solle nun erstmalig über den Antrag beraten werden. Der endgültige Beschluss solle dann in der Sitzung am 12. Juli fallen. Für beide Abstimmungen sei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, die allerdings von den vier Fraktionen, die hinter dem Antrag stehen, aufgebracht wird. Danach müsse ein Wahlausschuss eingesetzt werden, der die Ausschreibung der Stelle initiiert. Bürgermeister Becker, der von einer menschlich schwierigen Situation sprach, bedauert persönlich die Entscheidung für die Abberufung Urhahns. Immerhin hätten sie zehn Jahre lang gut zusammengearbeitet. Doch mit Rückblick auf den Wahlkampf sei dies die logische Konsequenz. Eine Kooperation über drei Jahre sei nicht vorstellbar.

Für Gerd Schulmeyer, Fraktionssprecher der DKP/Linke Liste, komme der Antrag nicht überraschend. Unverständlich für ihn sei, dass er von der CDU komme, die sich damit an die neue Mehrheit „ranschmeißt“. Er wisse nicht, was sich die Christdemokraten davon versprechen. Obwohl die DKP/LL die Position eines hauptamtlichen Stadtrats ohnehin in Frage stellt, werde sie, allein wegen der Kosten, der Abberufung nicht zustimmen.

Artikel vom 19.05.2016, 03:00 Uhr (letzte Änderung 19.05.2016, 02:56 Uhr)

Artikel: http://www.fnp.de/lokales/kreise_of_gross-gerau/Neustart-nur-ohne-Urhahn-moeglich;art688,2017861

© 2016 Frankfurter Neue Presse